

Antrag auf Einbürgerung

, den

nach

§ 8 StAG

§ 9 StAG

§ 10 StAG

Bitte alle Fragen beantworten.
 Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt.
 Bei Minderjährigen ab 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich.
 Der Antrag kann derzeit **ausschließlich** auf dem **Postweg** gestellt werden!

Ich beantrage die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und mache über meine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben:

Vermerke der Behörde

1. Angaben zu meiner Person

Familienname (ggf. Geburtsname)	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat
Wohnort (PLZ, Ort)	Straße
ausgeübter Beruf	
Tel. / Fax / E-Mail	
Familienstand	
<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft	
Ort der Eheschließung / Begründung der Lebenspartnerschaft	
Bei Scheidung oder gerichtlicher Aufhebung (Tag der Rechtskraft - Anerkennung - des Urteils)	

2. Angaben zur Person meine(r,s) Ehegattin/Ehegatten, meine(r,s) eingetragenen Lebenspartnerin/Lebenspartners

Familienname (ggf. Geburtsname)	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat
Wohnort (PLZ, Ort)	Straße
Ausgeübter Beruf	
Staatsangehörigkeit(en)	Ist die Einbürgerung ebenfalls beantragt ?
	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja (Falls nicht Deutscher)

Angaben zu meine(r,n) früheren Ehe(n) / Lebenspartnerschaft(en)

Frühere Ehen / Lebenspartnerschaften	1. Ehe / Lebenspartnerschaft von – bis	aufgelöst durch
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
	Staatsangehörigkeit meine(r,s) früheren Ehegattin / Ehegatten / Lebenspartner(s, in)	
	2. Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis	aufgelöst durch
<input type="checkbox"/> Ja,		
	Staatsangehörigkeit meine(r,s) früheren Ehegattin / Ehegatten / Lebenspartner(s, in)	

3. Angaben zu Status und Aufenthalt

Status

Meine derzeitige(n) Staatsangehörigkeit(en)

Sind diese Staatsangehörigkeiten belegt ? (Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, Einbürgerungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates)

Nein Ja, durch →

Frühere Staatsangehörigkeit(en)

Verlustgrund

<input type="checkbox"/> Der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist kraft Gesetzes eingetreten	<input type="checkbox"/> Der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist nachgewiesen durch →	Entlassungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates
---	---	---

Besonderer Status

Heimatloser Ausländer ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	nachgewiesen durch
Ausländischer Flüchtling ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	nachgewiesen durch
Staatenloser ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	nachgewiesen durch
Asylberechtigter ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	nachgewiesen durch
Wurde ein Asylwiderrufsverfahren eingeleitet ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	

Wehrdienst

Wehrpflichtig ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	
Vom Wehrdienst befreit / zurückgestellt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, bis	
Wehrpflicht erfüllt?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	von - bis
Anderer geleisteter Wehrdienst ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	von - bis

Aufenthalte seit Geburt

von	bis	in (Ort, Staat)

Aufenthaltsrecht

Niederlassungserlaubnis ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, erteilt am
Aufenthaltsberechtigung ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, erteilt am
Aufenthaltserteilung ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, erteilt am
Rechtsgrundlage	§
gültig bis	
Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Vermerke der Behörde

4. Angaben zu meinen Kindern

Bitte auch eintragen: volljährige Kinder aus früheren Ehen; außereheliche Kinder

	1.Kind	2.Kind	3.Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Mit einzubürgern ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Das Kind stammt aus:			
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei
	4.Kind	5.Kind	6.Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Mit einzubürgern ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Das Kind stammt aus:			
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei

5. Angaben zu meinen Eltern

Eltern

Vater (Familienname, ggf. Geburtsname)	Mutter (Familienname, ggf. Geburtsname)
Vorname(n)	Vorname(n)
Staatsangehörigkeit	Staatsangehörigkeit
letzter Wohnort / Land	letzter Wohnort / Land
verstorben ? am <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	verstorben ? am <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,

Adoptiv Eltern

Vater (Familienname, ggf. Geburtsname)	Mutter (Familienname, ggf. Geburtsname)
Vorname(n)	Vorname(n)
Staatsangehörigkeit	Staatsangehörigkeit
letzter Wohnort / Land	letzter Wohnort / Land
verstorben ? am <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	verstorben ? am <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,

Adoption wirksam seit:

nachgewiesen durch:

Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern
Die Vertretungsbefugnis liegt bei

Die Ehe der Eltern besteht nicht mehr.

Die Vertretungsbefugnis beruht auf

Gesetzesbestimmung bzw. gerichtliche Anordnung →

6. Angaben zu Ausbildung und beruflichem Werdegang

Schul Ausbildung

von	bis	Schulart	Staat

Schulabschluss

Berufsausbildung / Studium / Qualifikation

von	bis	Art	Abschluss	Staat

Vermerke der Behörde

Arbeitsverhältnisse / selbständige Tätigkeit in den letzten 8 Jahren

von	bis	Art	Anschrift der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers

Sprachkenntnisse / staatsbürgerliche Kenntnisse / Integrationskurs

Nachweise zu:

Sprachkenntnissen (Zeugnisse, Sprachzertifikate etc.)	<input type="checkbox"/> Ja und zwar:	<input type="checkbox"/> Nein
Staatsbürgerlichen Kenntnissen (Einbürgerungstest)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Integrationskurs (Bescheinigung nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

7. Angaben zu Straftaten (einschließlich Straftaten im Ausland)

- keine Straftaten
- abgeschlossene Strafverfahren (bitte Kopie des kompletten Urteils beifügen)

Tatbezeichnung	anhängig bei Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum des Urteils	Höhe des Strafmaßes bei noch nicht getilgten Strafen

Zur Zeit noch anhängige Ermittlungsverfahren ?

- Nein
- Ja, wegen

Behörde u. AZ:

Eingestellte Ermittlungsverfahren der letzten 5 Jahre ?

- Nein
- Ja, Behörde und Aktenzeichen (Bitte Einstellungsmitteilungen beifügen)

 Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung nach § 61 des Strafgesetzbuches

Tatbezeichnung	Anhängigkeit bei Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum der Anordnung	Angeordnete Maßnahme

8. Angaben zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen

8.1 Einkünfte

		Betrag EUR / Monat ↓
Erwerbseinkünfte (brutto)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Einkünfte aus selbständiger Arbeit	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Einkünfte aus Vermietung / Verpachtung	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Rente	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Unterhalt / Unterhaltskostenvorschuss	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Erziehungsgeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Kindergeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Wohngeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Arbeitslosengeld I (SGB III)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Arbeitslosengeld II (SGB II)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Sozialgeld (SGB II)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Sozialhilfe (SGB XII)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Krankengeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Gegebenenfalls Gründe für den Bezug von Arbeitslosengeld II / Sozialgeld / Sozialhilfe		

8.2 Alterssicherung

- nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -

<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, durch →	<input type="checkbox"/> gesetzliche Rentenversicherung	Anzahl der Beitragsmonate
	<input type="checkbox"/> private Renten-/Lebensversicherung	seit / Summe
	<input type="checkbox"/>	

8.3 Krankenversicherung

- nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -

<input type="checkbox"/> gesetzliche Krankenkasse	<input type="checkbox"/> private Krankenversicherung
---	--

8.4 Einkünfte der Familienangehörigen (gem. Nr. 8.1)

Vermerke der Behörde

brutto

Familienname, Vorname

Betrag EUR / Monat

8.5 Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche

Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche ? Nein Ja (Name und Anschrift der / des Unterhaltspflichtigen)

Betrag EUR / Monat

Bruttoeinkünfte der / des Unterhaltspflichtigen	Betrag EUR / Monat

8.6 Unterhaltsverpflichtungen

Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören ?

Nein Ja, und zwar

Gegenüber welcher Person / welchen Personen ?

Unterhaltsrückstände

Nein Ja, in Höhe von EUR

9. Sonstiges

Die Einbürgerung habe ich bereits früher beantragt
bei (Behörde)

Nein Ja,

Wurde über den Antrag entschieden ?

Nein Ja, er wurde von mir zurückgenommen. er wurde abgelehnt. er wurde zurückgestellt.

Datum der Entscheidung

Verwaltungsgebühren:

255,-€ je erwachsenen Einbürgerungsbewerber

51,- € für jedes mit einzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen

255,-€ für jedes selbständig einzubürgernde Kind

Bei Ablehnung oder Rücknahme des Antrags wird eine Verwaltungsgebühr nach Bearbeitungsstand erhoben (bis zu 255 EUR).

Die Gebührenbemessung erfolgt nach § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in der derzeit gültigen Fassung.

Ich bin damit einverstanden, dass die Einbürgerungsbehörde ggfs. während des laufenden Einbürgerungsverfahrens einen Vorschuss oder eine Sicherheitsleistung nach § 16 des Verwaltungskostengesetzes (VwKostG) vom 23. Juni 1970 verlangen kann. Die Gebühr ist spätestens vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde in voller Höhe zu zahlen.

Belehrung über die Richtigkeit der Angaben

Ich versichere, dass meine Angaben richtig sind. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung sowie zu einer Freiheits- oder Geldstrafe (§ 42 Staatsangehörigkeitsgesetz) führen können und dass ich verpflichtet bin, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während des Verfahrens unverzüglich mitzuteilen.

Einverständniserklärung zur Auskunftserteilung durch das Finanzamt

Ich bin damit einverstanden, dass die Einbürgerungsbehörde die Angaben zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen überprüft.

Ich stimme der Offenbarung meiner steuerlichen Verhältnisse durch das zuständige Finanzamt (gem. § 30 Abs. 4 Nr. 3 AO) zu.

Hinweis zur Verfassungstreue

Ich bin über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung belehrt worden.

Lichtbild
(aus neuerer Zeit)

Datum, Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers / der Einbürgerungsbewerberin,
↓ der/des gesetzlichen Vertreter(s/in)

.....

Bei Miteinbürgerung von Kindern unter 16 Jahren:
Ich (wir) beantrage(n) hiermit ebenfalls die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit für die in diesem Antrag als miteinzubürgernd aufgeführten Kinder.

↓ Datum, Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreter(s/in)

.....

Ich bin damit einverstanden, dass mein Einbürgerungsantrag in der Reihenfolge des Eingangs bearbeitet wird.

Datum, Unterschrift des Antragstellers

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift(en)

Im Auftrag

_____, den _____

(Siegel)

(Behörde / Unterschrift)

Informationsblatt gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Da die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich als Staatsangehörigkeitsbehörde in Einbürgerungsverfahren personenbezogene Daten bei betroffenen Personen oder auch anderen Personen erhebt, besteht eine diesbezügliche Informationspflicht nach Art. 13 und Art. 14 DS-GVO, der mit diesem Informationsblatt nachgekommen wird.

Verantwortlichkeit:

Verantwortlicher der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich. Sie erreichen die Kreisverwaltung wie folgt:

Adresse: Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich

E-Mail: info@Bernkastel-Wittlich.de

Tel.: 06571-14-0

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Die Staatsangehörigkeitsbehörde verarbeitet personenbezogene Daten zwecks Bearbeitung von Einbürgerungsverfahren (§§ 8 ff Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)) und somit zur Erfüllung ihrer staatsangehörigkeitsrechtlichen Aufgaben nach § 1 Abs. 1 der Landesverordnung über die Zuständigkeiten in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten vom 10. Dezember 1999. Die §§ 31, 32 Abs. 1, 33 Abs. 3 und 5, 36 und 37 Abs. 2 StAG und § 73 Aufenthaltsverordnung (AufenthV) enthalten spezifische Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Staatsangehörigkeitsbehörden. Die Verarbeitung ist für die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung bzw. für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die dem Verantwortlichen übertragen wurde und die im öffentlichen Interesse liegt (Art. 6 Abs. 1 lit c) und e) DS-GVO).

Empfänger, Quellen und Kategorien der Daten:

Soweit dies zur Bearbeitung des Verfahrens erforderlich ist, übermittelt die Staatsangehörigkeitsbehörde Ihre personenbezogenen Daten an andere öffentliche Stellen. Hierzu gehört im Regelfall die Weitergabe an die zuständige Ausländerbehörde, das Landeskriminalamt, die Verfassungsschutzbehörde beim Ministerium des Innern und für Sport (bei Antragstellern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben) und das Bundesamt für Justiz - Bundeszentralregister - (bei Antragstellern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben) zwecks Einholung von Auskünften. Im Einzelfall werden, soweit dies zur Bearbeitung des Antrags oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich ist, auch Auskünfte bei anderen zuständigen Behörden und Gerichten eingeholt. Bei den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden werden Auskünfte über anhängige Ermittlungsverfahren und sonstige strafrechtliche Erkenntnisse, über verfassungsfeindliche oder extremistische Betätigungen eingeholt. Bei den Ausländerbehörden werden insbesondere Auskünfte über das Vorliegen von aufenthaltsrechtlichen Ausweisungsgründen eingeholt. Darüber hinaus werden Angaben zu Dauer und Rechtsgrundlagen Ihres Inlandaufenthaltes erhoben. Sofern es zur Sachverhaltsermittlung erforderlich ist, kann die Ausländerakte eingesehen werden.

Im Einzelfall werden, soweit dies zur Bearbeitung des Antrags oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich ist, auch weitere Auskünfte, wie z.B. über Wohnungsanmeldungen, zur Geschäftsfähigkeit oder gesetzlichen Vertretung, zu Strafverfahren und Eintragungen im Schuldnerverzeichnis, zu den wirtschaftlichen Verhältnissen bei den zuständigen Behörden und Gerichten eingeholt.

Sollten zur Antragsbearbeitung Auskünfte der Agentur für Arbeit bzw. der für die Leistungsgewährung zuständigen kommunalen Träger, der Sozialbehörden oder anderer Stellen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen erforderlich sein, werden Sie um eine besondere Einverständniserklärung gebeten; dies gilt auch in den Fällen, in denen im Zusammenhang mit einer erforderlichen Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit Kontakt mit der zuständigen Auslandsvertretung aufgenommen werden soll.

Sie können die Einwilligung auch verweigern; eine abschließende Prüfung Ihres Einbürgerungsantrags ist dann allerdings nicht möglich.

Speicherdauer und –fristen:

Die in Papierform geführte Einbürgerungsakte verbleibt bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich. Sie wird dauerhaft aufbewahrt (Ziffer 9 der Verfahrensregelungen des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz zum Staatsangehörigkeitsrecht).

Ihre Rechte:

Nach Art. 15 DS-GVO können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen. Nach Art. 16. DS-GVO haben Sie das Recht auf Berichtigung. Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO haben Sie das Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Ein Recht auf Löschung kommt allerdings nicht in Betracht, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist bzw. zur Wahrnehmung einer Aufgabe dient, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, Art. 17 Abs. 3 lit. b) DS-GVO. Art. 18 Abs. 1 DS-GVO gewährt unter den dort aufgeführten Voraussetzungen ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt, haben Sie das Recht auf Beschwerde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz. Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche(n) Datenschutzbeauftragte(n) wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass datenschutzrechtliche Vorschriften bei der Verarbeitung Ihrer Daten nicht beachtet worden sind.

Datenschutzbeauftragte/r:

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich
Datenschutzbeauftragter
Kurfürstenstraße 16
54516 Wittlich
Telefon: +49 (0) 6571-14 2395
E-Mail: datenschutz@bernkastel-wittlich.de

Vorname, Familienname	
Ort, Datum	Unterschrift

Vorabinformation zur (eventuellen) Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit

Das aktuell gültige deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz sieht nicht vor, dass die bisherige Staatsangehörigkeit vor dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung aufgegeben oder der Verlust herbeigeführt wird.

Es ist den deutschen Behörden jedoch nicht immer bekannt, ob Sie nach dem Staatsangehörigkeitsrecht Ihres Heimatstaates Ihre bisherige Staatsangehörigkeit durch Antragswerb der deutschen Staatsangehörigkeit evtl. automatisch verlieren.

Wenn Sie Ihre bisherige Staatsangehörigkeit auf jeden Fall beibehalten möchten, setzen Sie sich bitte vor der Antragstellung auf Einbürgerung in die deutsche Staatsangehörigkeit mit der für Sie zuständigen Auslandsvertretung in der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung.

Dort können Sie in Erfahrung bringen, ob Sie Ihre bisherige Staatsangehörigkeit bei Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit verlieren bzw. ob es möglich ist, Schritte einzuleiten, um Ihre bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten zu können (z. B. Beibehaltungsgenehmigung).

Darüber hinaus – unabhängig von der eventuellen Hinnahme von Mehrstaatigkeit oder einem automatischen Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit – besteht für Staatsangehörige von verschiedenen Ländern eine Mitteilungs- oder Registrierungsspflicht ihrem Heimatstaat gegenüber, wenn eine andere Staatsangehörigkeit auf Antrag hin erworben wird. Eine Verletzung dieser Pflichten kann negative Folgen nach sich ziehen. Bitte setzen Sie sich allein schon aus diesem Grund mit Ihrem Heimatstaat in Verbindung und klären Sie Ihre staatsbürgerlichen Pflichten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Einbürgerungsbehörde

Erklärung zum Einbürgerungsantrag

Familienname, Vorname/n	Geburtstag und -ort
-------------------------	---------------------

1. Ich bin über die allgemeinen Voraussetzungen einer Einbürgerung informiert worden.
2. Über meine Verpflichtung zur Mitwirkung am Einbürgerungsverfahren bin ich ebenfalls unterrichtet worden. Die für die Bearbeitung meines Antrags erforderlichen Angaben werden von mir vollständig gemacht und mit geeigneten Nachweisen belegt. Dazu gehören insbesondere die Loyalitätserklärung und die Offenbarung von Verurteilungen wegen Straftaten und über strafrechtliche Ermittlungsverfahren im In- und Ausland. Die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben und der zu ihrem Nachweis beigefügten Unterlagen wird von mir ausdrücklich versichert. Ich werde die mir zurückgegebenen Originalunterlagen bis zum Abschluss des Verfahrens aufbewahren. **Sämtliche Änderungen in meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die sich im Laufe des Einbürgerungsverfahrens ergeben, und jede Änderung meiner Adresse werde ich unverzüglich schriftlich mitteilen.**
3. Mir ist bekannt, dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Verwenden von falschen oder verfälschten Unterlagen zur Ablehnung des Einbürgerungsantrages und zur strafrechtlichen Verfolgung führen können. Mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen (§ 42 Staatsangehörigkeitsgesetz). Sofern dies erst später entdeckt werden sollte, kann dies zur Rücknahme der Einbürgerung führen.
4. Mir ist auch bekannt, dass für die Bearbeitung des Antrags Kosten erhoben werden. Die Verwaltungsgebühr beträgt derzeit 255 Euro pro Person; werden minderjährige Kinder mit einem sorgeberechtigten Elternteil eingebürgert, beträgt die Einbürgerungsgebühr pro Kind 51 Euro; ob eine Gebührenermäßigung in Betracht kommt, kann auf Antrag geprüft werden. Auch die Ablehnung oder Rücknahme des Antrags ist grundsätzlich kostenpflichtig. Die Verwaltungsgebühr wird mit Beginn der Bearbeitung des Antrages bei der Einbürgerungsbehörde fällig.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Loyalitätserklärung

zum Einbürgerungsantrag (abzugeben von Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben)

Familienname, Vorname:	
Geburtstag und –ort:	
Staatsangehörigkeit:	
Anschrift:	

1. Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:
 - a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
 - b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
 - g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
 - h) dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.
2. Ich bekenne mich außerdem
 - a) zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie
 - b) zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.
3. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
 - a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des

Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder

b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder

c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

4. Einer der in der Liste des Bundesamtes für Verfassungsschutz aufgeführten extremistischen Organisation (siehe Anlage)

gehöre ich nicht an.

gehöre ich seit dem _____ an.

habe ich vom _____ bis _____ angehört.

Name der Organisation:

Von der früheren Verfolgung und Unterstützung derartiger Bestrebungen (siehe Punkt 3) habe ich mich abgewandt.

5. Vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde habe ich gemäß § 16 Satz 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes folgendes feierliche Bekenntnis abzugeben:

„Ich erkläre feierlich, dass ich das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was ihr schaden könnte“.

Ich bestätige, dass ich dieses Bekenntnis abgeben werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass bei einer nicht wahrheitsgemäß abgegebenen Erklärung kein Anspruch auf eine Einbürgerung besteht.

Wittlich, _____ Datum, Unterschrift Antragsteller/in
Die Loyalitätserklärung wurde gegenüber Frau Biersbach/Frau Thul/Frau Klaes abgegeben: Wittlich, _____ Datum, Unterschrift

Liste extremistischer Organisationen

Linksextremismus:

Anarchisten („Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU), Graswurzelbewegung)

Autonome / antifaschistische Gruppierungen

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

„Internationale Sozialistische Organisation“ (ISO)

„Interventionistische Linke“ (IL)

„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)

„Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

„Perspektive Kommunismus“ (PK)

„REVOLUTION“ (REVO)

„Rote Hilfe e.V.“

„Sozialistische Alternative Voran“ (SAV)

„Sozialistische Organisation Solidarität“ (SOL)

„Jugend für Sozialismus“ (JfS)

„Marx 21“

„die plattform“

„... ums Ganze! - kommunistisches Bündnis“ (uGB)

Islamismus:

„al-Qaida“

„Ansaar International“

„Ansar al-Islam“

„Al-Shabab“

„DawaFFM“

„Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) / „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD)

„Die wahre Religion“ (DWR) / Lies-Stiftung

„Erbakan Vakfi“ (Erbakan-Stiftung)

„Furkan Gemeinschaft“ („Furkan Vakfi“)

„Generation Islam“ (GI)

„Globale Islamische Medienfront“ (GIMF)

„Hai‘at Tahrir as Sham“

„HAMAS“ / „Islamische Widerstandsbewegung“

„Hezb-e Islami Afghanistan“ (HIA)

„Hizb Allah“ (Partei Gottes)

„Hizb ut-Tahrir“ (HuT) (Befreiungspartei)

„Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU)

„Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)

„Islamischer Staat Provinz Khorasan“ (ISPK)

„Islamischer Staat“ (IS) / „DAESH“ / „DAISH“

„Ismail Aga Cemaati“ (IAC)

„Der Kalifatsstaat“ (Hilafet Devleti)

„Islamistische Nordkaukasische Szene“ / „Kaukasisches Emirat“

„Muslimische Jugend in Deutschland e.V.“ (MJD)

„Muslimbruderschaft“ (MB)

„Muslim Interaktiv“ (MI)

„Palästinensischer Islamischer Jihad“ (PIJ)

„Realität Islam“ (RI)

„Saadet Partisi“ (SP)

„Salafismus“

„Taliban“

„Tabligh-i Jamaat“ (Gemeinschaft der Verkündigung und Mission)

„TEHRIK-E TALIBAN PAKISTAN“ (TTP)

„Tschetschnische Republik Itschkeria“ (CRI)

„Türkische Hizbullah“ / „Hizbullah Cemaati“

Sonstiger Extremismus mit Auslandsbezug:

Türkei

„Arbeiterpartei-Kurdistan“ (PKK) mit Neben- und beeinflussten Organisationen

„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)

Ulkcü-Bewegung („Graue Wölfe“) einschließlich „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF), „Föderation der Weltordnung in Europa“ (ANF) und „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“ (ATIB e.V.)

„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)

„Maoistische Kommunistische Partei“ (MKP)

„Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)

Indien

„International Sikh Youth Federation“ (ISYF)

„Babbar Khalsa International“ (BKI)

„Babbar Khalsa Germany“ (BKG)

Israel und palästinensische Gebiete

„Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP)

„Samidoun“, „Samidoun Deutschland“, „Hirak e.V.“, „HIRAK - Palestinian Youth Mobilization Jugendbewegung (Germany)“

Migrantifa Rhein-Main

Rechtsextremismus:

Partei „Die Heimat“ (vormals „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, NPD)

„Junge Nationalisten“ (JN)

„Deutsche Stimme Verlags GmbH“ (DS Verlag)

Partei „DIE RECHTE“

Partei „Der III. Weg“

„Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ)

Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)

„Generation Deutschland“ (vormals „Junge Alternative für Deutschland“, JA)

„Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD)

„Revolte Rheinland“ (aufgelöst)

„Compact-Magazin GmbH“

„Institut für Staatspolitik“ (IFS)

„Ein Prozent e.V.“

„Verlag Antaios“

Burschenschaft „Germania Halle zu Mainz“

„Kameradschaft Zweibrücken / Nationaler Widerstand Zweibrücken“

„Kameradschaft Rheinhessen“

„Combat 18“ (C 18) - verboten

„Blood & Honour“ – verboten

„Hammerskins“ – verboten

„Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V. (AG-GGG)“ - verboten

„Reichsbürger und Selbstverwalter“:

„Königreich Deutschland“ (KRD) – verboten

„Geeinte Deutsche Völker und Stämme (GdVuSt) - verboten

„Indigenes Volk Germaniten“ (IVG)

„Staatenbund Deutsches Reich“

„Freistaat Preußen“

„Volksstaat Bayern“

„Verfassunggebende Versammlung“ (VV)

„Verband Deutscher Wahlkommissionen“ (VDWK)

„Ewiger Bund“, „Bismarcks Erben“, Vaterländischer Hilfsdienst“ (VHD)

„Internationale Organisation Völkerrecht“ (IOV)

„Internationales Zentrum für Menschenrechte“ (IZMR)

„Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force“ (S.H.A.E.F.)

„Allinace Earth“ ehem. „United Nations Wenea“

Sonstiger Extremismus:

Scientology-Organisation (SO)